



Rede der pax christi-Generalsekretärin Christine Hoffmann in Berlin anlässlich der Kundgebung der Berliner Initiative „Legt den Leo an die Kette“ zum 75 Jahrestag der Befreiung am 8. Mai 1945

Wir stehen hier 75 Jahre nach dem Tag der Befreiung.

Befreit sind wir zum Trauern um die Opfer des Zweiten Weltkrieges und der nationalsozialistischen Herrschaft. Wir trauern um die im Holocaust ermordeten Juden, um den Völkermord an den Sinti und Roma, um die wegen ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer politischen Meinung verfolgten und ermordeten, um die Ermordeten in Russland, Polen und der Ukraine, die Liste der Länder ist noch viel länger.

Befreit sind wir vom Obrigkeitsglauben, befreit sind wir vom Hinterherlaufen hinter Volksverhetzern und Volksverdummern.

Befreit sind wir zum Denken ohne Geländer, wie Hannah Arendt es formuliert hat; zur eigenen Meinung, zum Handeln nach eigenem Gewissen statt nach Gehorsam. Befreit sind wir zum demokratischen Dialog unterschiedlichster Meinungen. Zur Einsicht in die Notwendigkeit konstruktiven Streitens und zur fairen politischen Kompromissbildung.

Befreit sind wir zum Verstehen wie es im Land der Dichterinnen und Denkerinnen zu diesem Zivilisationsbruch kommen konnte und daraus zu lernen für heute und für die Zukunft.

Befreit sind wir zum Frieden.

Diese Befreiungen sind nicht vom Himmel gefallen mit den Bomben der Alliierten. Diese Befreiung ist Herausforderung an unser tägliches Handeln und an die politische Gestaltung dieser Gesellschaft.

Als Friedensbewegte stehe ich hier, als pax christi-Generalsekretärin und als Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“. Da ist für mich natürlich die Befreiung zum Frieden von ganz besonderer Bedeutung. Ich bewundere die Klarheit mit der nach dem Krieg die Charta der Vereinten Nationen formuliert wurde. Die Präambel besagt:

„WIR, DIE VÖLKER DER VEREINTEN NATIONEN – (sind) FEST ENTSCHLOSSEN, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, ...“

Wie steht es 75 Jahre nach dieser politischen Ansage um den Weltfrieden?

Wie steht es mit der deutschen Friedenspolitik? Exportiert der Exportweltmeister Deutschland Frieden?

Vor acht Jahren, am 26. Februar 2012 stand ich mit vielen von euch und mit vielen anderen 300 Meter von hier auf der Wiese vor dem Deutschen Bundestag. Wir hatten schwarze Bombenattrappen als schwarze Luftballons dabei und demonstrierten, weil **von Deutschland Krieg ausgeht**. Wieso? Weil Deutschland seit den 60er Jahren Kriegswaffen, Munition und anderes Rüstungsgerät exportiert und damit die Tötungsmaschinen für den Krieg anderswo liefert.

Tod made in Germany – das ist die traurige Wahrheit der deutschen – mir unverständlicherweise **als restriktiv bezeichneten** angewandten Rüstungsexportpraxis.

Im Dezember 2019 musste die Bundesregierung eingestehen, dass die Zahl der Exportgenehmigungen für Kriegswaffen und Rüstungsgüter mit 8,015 Milliarden einen neuen skandalösen Rekordwert erreicht hat. Gegenüber dem Vorjahr 2018 gab es 2019 eine Steigerung von rund 65 Prozent.

Unter den zehn wichtigsten Empfängerländern gehört die Hälfte zu den sogenannten Drittländern, das sind Länder außerhalb EU und NATO sowie denen gleichgestellte, als solche gelten Australien, Neuseeland, Japan und die Schweiz. Mit Ägypten – auf Platz 2 – und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) – auf Platz 9 – sind zwei Gründungsmitglieder der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz im Jemen-Krieg dabei.

Der Jemen ist ein grausames Beispiel für das, was auch mit deutschen Waffen in der Welt angerichtet wird. Für den Jemen sprechen die Vereinten Nationen von der größten humanitären Katastrophe und trotzdem genehmigt die Bundesregierung den Export von Kriegswaffen und Munition an die Länder, die dort Krieg führten. Nur gegenüber Saudi-

Arabien, den Anführer der Koalition, gibt es Lieferstopps und die auch nur mit Ausnahmen.

Ein anderes grausames Beispiel sind die Exporte an die Türkei, obwohl wir mit ansehen mussten wie das türkische Militär mit deutschen Panzern Kurden im Norden Syriens angriff.

Die deutsche Rüstungsexportpolitik ist der langanhaltendste Skandal der deutschen Außenpolitik!

Der Prozess gegen die Kleinwaffenschmiede Heckler & Koch, der aufgrund unserer Strafanzeige als Sprecher*innen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Zustand gekommen ist, wegen illegaler Lieferungen des Sturmgewehrs G36 in Provinzen Mexikos, in die der Export verboten war, hat gezeigt, wie zwischen Wirtschaftsministerium und Rüstungskonzernen gekungelt wird um die Rüstungsexportkontrolle zu umgehen.

Wir stehen hier dankbar für 75 Jahre Frieden in unserem Land. Wir haben großartige Gesten der Versöhnung erlebt – und jetzt reihen seit Jahrzehnten Bundesregierungen jedweder Couleur uns ein in die TOP TEN der Waffenhändler. Deutschland steht laut Daten des schwedischen Friedensforschungsinstitutes SIPRI abwechselnd zwischen den Plätzen drei und sieben. Mit den Kriegswaffen, der Munition und all dem weiteren Rüstungsgerät exportiert Deutschland Tod und Elend, Bedrohung und die Mittel, die Fluchtursachen schaffen. Das widerspricht allem, wozu dieses Land vor 75 Jahren befreit worden ist.

Noch nie war es so spürbar und offensichtlich wie heute in der Corona-Pandemie, dass wir **Sicherheit neu denken müssen**

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts sind humanitärer Art. Medizinische Versorgung, regenerative Energie, Schulen mit intakten Sanitäreinrichtungen und Katastrophenschutz sind zentrale Aspekte menschlicher Sicherheit, bei denen Rüstung nur im Weg steht, weil sie hier und in den Ländern, in die deutsche Waffen geliefert werden die Mittel verbraucht, die für menschliche Sicherheit, für Gesundheitsfürsorge, Umweltschutz, Bildung und Soziales so dringend gebraucht werden.

Die Rüstungsindustrie trägt in keiner Weise zum Frieden bei sondern feuert die gewaltsame, militärische Austragung von Konflikten an. Das zu fördern ist fehlgeleitete Politik.

Jetzt genau ist der Zeitpunkt zur Umkehr. Wie scharf die Maßnahmen der Politik sein können, hat die CoronaPandemie uns gezeigt. Jetzt ist es an der Zeit umzudenken und die politischen Rahmenbedingungen für Konversion zu schaffen.

Die Bundesregierung sollte aus ihrer Sicherheitsstrategie eine Friedens- und Konversionsstrategie machen, die wenigstens die Leitlinien `Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern´ umsetzt, die sie im Jahr 2017 selbst formuliert hat. Da heißt es: Frieden und Entwicklung setzen die Fähigkeit voraus, Konflikte ohne Gewalt und konstruktiv auszutragen. Es wird behauptet, das Friedensengagement der Bundesregierung setze da an, `um Gewalt als Austragungsform von Konflikten zu verhindern´. Die Genehmigung des Exports von Kriegsgerät im Wert von 8 Milliarden Euro in nur einem Jahr folgen dagegen einer längst überwunden gehofften Kriegslogik.

Die Zukunft liegt in der Friedenslogik. Als ersten Schritt setzen wir uns für ein Rüstungsexportkontrollgesetz ein, das eine faktische Reduzierung des Waffenhandels bewirkt.

Die Wahrung der Menschenrechte muss der ausschlaggebende Faktor für jedwede Genehmigung werden.

Die Perspektive heißt:

- **Stoppt den Waffenhandel!**
- **Zivilisiert die Militärbranche!**
- **Produziert für das Leben!**